

Spanien

Esther Barbé / Laia Mestres¹

Spanien ist es bisher gelungen, die Eurozonekrise zu meistern, ohne dabei Hilfsmaßnahmen in Anspruch nehmen zu müssen. Spanien unterstützte alle Bemühungen zur Schaffung einer Banken-, Fiskal-, und Wirtschaftsunion der EU. Aufgrund einer Vielzahl von Korruptionsskandalen, der schwindenden Lebensqualität der Spanier, den hohen Arbeitslosenzahlen und der allgemeinen Verarmung der Bevölkerung verschlechterte sich jedoch das politische Klima im Land. Laut dem Forschungszentrum CIS (Centro de Investigaciones Sociológicas), einem von der spanischen Regierung beauftragten demoskopischen Forschungsinstitut, bereitete den Spaniern im Jahr 2013 hauptsächlich die Arbeitslosigkeit und die wirtschaftliche Situation des Landes Sorge, knapp gefolgt von den Korruptions- und Betrugsskandalen, die nach und nach von der spanischen Justiz aufgedeckt worden waren.²

Unter den Wirtschaftszahlen sorgte 2013 insbesondere die Arbeitslosenquote für negative Schlagzeilen. Mit 27,15% erreichte die Zahl der Arbeitslosen im März 2013 in Spanien eine historische Höchstmarke. Von den mehr als sechs Millionen Arbeitslosen war fast die Hälfte länger als ein Jahr ohne Beschäftigung. Die Zahl der Haushalte, in denen alle Personen ohne Arbeitsplatz waren, reichte fast an die zwei Millionen heran und die Jugendarbeitslosigkeit überschritt die Marke von 57%.³ Aufgrund der Bankenrefinanzierung erreichte das Haushaltsdefizit im Jahr 2012 eine Höhe von 10,6%. Laut Eurostat hätte das Haushaltsdefizit auch ohne diese Refinanzierung mit 7,1% über dem mit der Europäischen Kommission vereinbarten Wert von 6,3% gelegen.⁴ Mit fast 15 Prozentpunkten mehr als im Jahr 2011 schloss Spanien das Jahr 2012 mit einer Staatsverschuldung in Höhe von 84,2% des BIP ab.

Jedoch war nicht die gesamte Zahlenlage negativ. Einige positive Nachrichten deuteten auf einen Kurswechsel hin. Im Vergleich zu Spitzenwerten von bis zu 638 Basispunkten Unterschied zwischen deutschen und spanischen Anleihen im Juli 2012 sank die Risikoprämie ein Jahr später auf einen Wert von 252. Im März 2013 gab es zum ersten Mal mehr Exporte als Importe, was zum einen durch den gesunkenen Konsum der Spanier bedingt und zum anderen auf eine Produktivitätssteigerung infolge der Lohnanpassungen zurückzuführen war. Der Tourismus blieb weiterhin der Motor der spanischen Volkswirtschaft. Im Sommer 2012 konnte ein neues historisches Hoch von mehr als 21 Millionen internationalen Touristen zwischen Juni und August verzeichnet werden. Der Binnentourismus hingegen erlebte einen Einbruch.⁵

Die Vielzahl der in den Jahren 2012 und 2013 aufgedeckten Korruptionsfälle machte die Korruption zu einer der Hauptsorgen der Spanier. Dies verstärkte die Politikverdrossenheit und die Gleichgültigkeit der Bevölkerung gegenüber der Politik. Als Beispiele für zentrale Korruptionsfälle in den großen Parteien sollen an dieser Stelle der Korruptionsfall

1 Übersetzt aus dem Spanischen.

2 Spanisches Soziologisches Forschungszentrum (CIS), Märzbarometer 2013, Nr. 2981.

3 Spanisches Institut für Statistik, Arbeitskräfteerhebung – erstes Quartal 2013, Madrid, 25. April 2013.

4 Europäische Kommission, Eurostat- Statistics in Focus, Nr. 10/2013, 19. April 2013.

5 „España logra el mejor verano de su historia en llegada de turistas“, *Expansión*, 21. September 2012.

in der PSOE (Sozialistische Arbeiterpartei) in Andalusien genannt werden (missbräuchliche Vergabe von Arbeitsfördermitteln, auch bekannt als der Fall „ERE“ in Andalusien) sowie der Korruptionsfall in der PP (Volkspartei), der eine Erteilung von Baulizenzen gegen Spenden von großen Unternehmen sowie die Annahme von Schwarzgeldzahlungen durch Mitglieder der Parteiführung vorgeworfen wird (Fall Bárcenas). Aber auch das spanische Königshaus verlor nicht nur durch die Reise des Königs in Begleitung seiner „innigen“ Freundin, Prinzessin Corinna, und dessen Unfall bei der Elefantenjagd in Botswana an Ansehen, sondern auch durch einen Korruptionsfall mit dem Vorwurf des Betrugs, der Veruntreuung von öffentlichen Geldern und Geldwäsche, der direkt mit Iñaki Urdangarin, dem Ehemann von Prinzessin Cristina, in Verbindung gebracht wurde.

Die Entfremdung der Bürger von der politischen Klasse äußert sich jedoch nicht in Form von Apathie: Die Proteste auf den Straßen waren unüberhörbar. Die Mobilisierung der Bevölkerung, die Mitte 2011 mit Bewegungen wie „15-M“ oder den „Los indignados“ („Die Empörten“) begann, dehnte sich auf spezielle Bewegungen wie die „Plataforma de Afectados por la Hipoteca (PAH)“ („Plattform für enteignete Wohnungs-/Hauseigentümer“) aus. Diese kämpft für den Restschuldenerlass bei Immobilien, wenn der jeweilige Eigentümer nicht mehr in der Lage ist, seine Bankkredite zu bedienen. Auch gab es in Madrid zahlreiche Demonstrationen gegen die Privatisierung des Gesundheitswesens und die Kürzungen im Bildungssektor sowie am 14. November 2012 den dritten Generalstreik seit Beginn der Krise aus Protest gegen die Sparmaßnahmen und die Arbeitsmarktreform.

In Anbetracht der Korruptionsfälle und der andauernden Kürzungen im Wohlfahrtsstaatssystem Spaniens geriet die Europapolitik der Regierung von Mariano Rajoy größtenteils in den Hintergrund. Nichtsdestotrotz dominierte die Europapolitik die nationale Politik stärker als je zuvor: Präsident Rajoy berichtete in regelmäßigen Abständen vor dem Unterhaus des spanischen Parlaments über die Gipfeltreffen des Europäischen Rats, bei denen die spanische Wirtschaft sowie die Fiskalkonsolidierung, die teilweise auf europäischer Bühne ausgehandelt wurde, thematisiert wurden. Was europäische Entscheidungen anbelangt, ist Spanien weiterhin eher ein *Rule-Taker* als ein *Rule-Maker*.

Finanzrettung ohne umfassende Rettung

Für die Finanzrettung, die von Spanien offiziell am 25. Juni 2012 beantragt worden war, wurde eine Obergrenze von 100 Milliarden Euro zu einem mittleren Zinssatz von 3% festgelegt. Die spanische Regierung vermied zu jedem Zeitpunkt entschieden die Verwendung des Begriffs „Rettung“, um nicht mit vorangegangenen Rettungsaktionen (Griechenland, Irland, Portugal) in Verbindung gebracht zu werden und dadurch zu betonen, dass es keinen makroökonomischen Zusammenhang gab. Stattdessen wurden umschreibende Begriffe wie „Finanzhilfe“, „Darlehen zu günstigen Konditionen“ oder „makroökonomisch unabhängige Kreditlinie“ verwendet, da im EU-Jargon bereits von der „Finanzhilfe zur Rekapitalisierung von Finanzinstituten auf deren Antrag hin“⁶ gesprochen wurde.

Für eine effektive Rekapitalisierung der Banken galt es einige Punkte zu klären, die weder beim Europäischen Rat im Juni 2012⁷ noch mit dem im Juli 2012⁸ unterzeichneten

6 „Spanien beantragt Finanzhilfe für spanische Banken“, Brief des spanischen Ministers für Wirtschaft und Wettbewerbsfähigkeit, Luis de Guindos, an den Eurogruppen-Präsidenten, Jean-Claude Juncker, Madrid, 25. Juni 2012.

7 „Erklärung des EU-Gipfels der Eurozone vom 29. Juni“, Rat der Europäischen Union, Brüssel, 30. Juni 2012.

8 Über die Bedingungen des Memorandum of Understanding unterzeichnet von Spanien siehe Kapitel über Spanien in der vorangegangenen Ausgabe: Barbé, Esther/Mestres, Laia: „Spanien“ in Weidenfeld, Werner/Wessels, Wolfgang (Hrsg.), Jahrbuch der Europäischen Integration 2012, Baden-Baden 2012, S. 485-492.

„Memorandum of Understanding“ beschlossen wurden. Der Wunsch Spaniens, dass diese Finanzspritze nicht als Staatsschuld geführt werden sollte, erforderte grundlegende Fortschritte bei der Bankenunion, die zwar im Juni 2012 ausgearbeitet worden war, aber im Herbst durch die mit einer Triple-A-Bonität bewerteten Länder (Deutschland, Holland und Finnland) blockiert wurde. Ohne eine unter Führung der Europäischen Zentralbank (EZB) zentralisierte Bankenaufsicht, deren Einrichtung auf das Jahr 2014 verschoben wurde, führte die Rekapitalisierung der Banken im Jahr 2012 zu einer Erhöhung des spanischen Haushaltsdefizits um 4 Prozentpunkte des BIP. Letztlich belief sich die Rettung des spanischen Finanzmarkts auf eine Summe von etwas über 40 Milliarden Euro, die in zwei Etappen ausbezahlt wurden: Im Dezember 2012 die erste Teilzahlung in Höhe von 39,46 Mrd. Euro für die Rekapitalisierung der verstaatlichten Banken (Bankia, Novagalicia, CatalunyaCaixa und Banco de Valencia) sowie die Schaffung einer „Bad Bank“ und die zweite Teilzahlung im Februar 2013 in Höhe von 1,865 Mrd. Euro für die Rekapitalisierung von vier Banken, die zwar nicht verstaatlicht wurden, aber dennoch staatliche Unterstützung benötigten.

Die deutsche Blockade einer so wichtigen Entscheidung im Europäischen Rat, wie die der zur Bankenunion, brachte die spanische Regierung schier zur Verzweiflung, sah sie darin doch eine Verzögerung der gemeinsamen Bemühungen, um einen Ausweg aus der Krise *ad eternum*. Ohne die Möglichkeit Druck auszuüben, forderten sowohl der spanische Regierungschef als auch verschiedene Minister, „dass als erstes das zu erfüllen und umzusetzen sei, was vereinbart und beschlossen wurde, etwas scheinbar grundlegendes sei jedoch unabdingbar: die ‚de facto Solidarität‘ in eine ‚de facto Sicherheit‘“⁹ umzuwandeln. Andernfalls wären die vom Europäischen Rat getroffenen Entscheidungen lediglich auf dem Papier existent.

Ungeachtet dessen, waren die Möglichkeiten der Einflussnahme Spaniens innerhalb der EU für eine termingerechte Umsetzung des Zeitplans für die Bankenunion gering, da sich zeitgleich zur Finanzrettung eine weitere Grundsatzdebatte aufat: Die mögliche Notwendigkeit eines spanischen Antrags auf Komplettrettung in Höhe von 300 Milliarden Euro.¹⁰ Mitte Oktober 2012 schien eine Rettung unmittelbar bevorzustehen, auch wenn dies seitens der Regierung nie bestätigt wurde. Die spanische Presse berichtete von Verhandlungen Spaniens mit der EZB über die Bedingungen für eine Rettung. Das wichtigste Ziel für die spanische Regierung bestand darin, die Zustimmung der Zentralbank für ein bedarfs-gesteuertes Eingreifen der EZB zur Stabilisierung der Risikoprämie bei 200 Punkten zu erhalten. Ziel war, sich auf den Kapitalmärkten zu vertretbaren Preisen selbst zu finanzieren.¹¹ Darüber hinaus bestand bei einem Antrag auf Rettung durch Spanien auch das Risiko eines Vetos durch einen der Mitgliedstaaten der Eurozone, was eine Realisierung des Vorhabens verhindert hätte. Abgesehen vom merklichen Druck Frankreichs, welches ein Übergreifen der steigenden Risikoprämien Spaniens und Italiens fürchtete, und vom Druck von Seiten der EZB, die den Kauf spanischer Anleihen explizit an eine Beantragung der Rettung knüpfte, entschloss sich die spanische Regierung letzten Endes, die Rettung nicht zu beantragen. Als Mariano Rajoy dies vor dem Unterhaus des spanischen Parlaments bekannt gab, sagte er, dass „wir die Entscheidung getroffen haben, eine Rettung nicht in Anspruch zu nehmen, da nicht sicher sei, dass dies eine bessere Finanzierung bedeute, auch wenn dies nicht ausschließt, die Rettung in Zukunft eventuell doch zu beantragen.“¹²

9 Rede des spanischen Präsidenten bei der Klausur des Forums „Europa: Nächste Etappen“, des Instituto de Gobernanza, Paris, 28. Mai 2013.

10 „España negoció con Alemania un rescate de 300.000 millones de euros el pasado martes, según Reuters“, *Expansión*, 27. Juli 2012.

11 „España quiere que el BCE le garantice una prima de 200 puntos si pide el rescate.“, *El País*, 14. Oktober 2012.

Die spanische Regierung gab zu verstehen, dass ihren Berechnungen zufolge der Antrag auf Rettung weder den Druck auf das Haushaltsdefizit gemildert noch zu einer Senkung der Risikoprämie beigetragen hätte. Zwar bestand die Möglichkeit einer Rettung weiterhin, durch die sinkende Risikoprämie jedoch verschwand sie schrittweise sowohl von der spanischen als auch der europäischen Agenda.

Parallel zu den Verhandlungen über eine Teil- oder Komplettrettung verhandelte Spanien mit der Europäischen Kommission über die spanische Defizitgrenze und die Wirtschaftsempfehlungen im Rahmen des Europäischen Semesters. Einerseits verlängerte die Europäische Kommission die Frist für die Senkung des Haushaltsdefizits auf unter 3% bis zum Jahr 2016 – ein Ziel, das Spanien zuvor bis 2014 hätte erreichen müssen. Mit Blick auf die Verschlechterung der volkswirtschaftlichen Situation in Spanien willigte die Kommission in eine Überarbeitung der Fristen ein und gewährte ein Defizit des BIP von 6,5% für 2013, 5,8% für 2014 und 4,2% für das Jahr 2015, um so bis zum Jahr 2016 ein Defizit von 2,8% zu erreichen. Andererseits waren im Gegenzug für die Lockerung der Defizitvorgaben die Empfehlungen der Kommission für Spanien detaillierter und fordernder als für andere Länder. Zu den markantesten Forderungen zählte die Einschränkung des reduzierten Mehrwertsteuersatzes, die Erhöhung des Steuersatzes für Kraftstoffe und die Überarbeitung des Rentensystems (Erhöhung des Renteneintrittsalters als Folge der höheren Lebenserwartung).¹³

Die Debatte um den EU-Haushalt in Spanien

Die Aussicht auf einen neuen mehrjährigen Finanzrahmen der EU für die Jahre 2014 bis 2020 stellte Spanien vor eine neue Situation: der Übergang zum Nettobeitragszahler. Dies geschah wirtschaftlich gesehen wohl im ungünstigsten Moment seit dem Beitritt Spaniens. Tatsächlich ging die Europäische Kommission auch davon aus, sowohl beim ersten Vorschlag, den sie als Gesprächs- und Verhandlungsgrundlage im Juni 2011 vorlegte, als auch bei den sukzessiven Kürzungen, die Herman Van Rompuy im Laufe des Jahres 2012 vorstellte.

Im Laufe der Verhandlungen ergaben sich für die spanische Regierung zwei Fronten, an denen es galt, die geplanten Haushaltskürzungen so weit wie möglich zu minimieren, um so eine Gefährdung der Interessen Spaniens zu verhindern: Zum einen der Erhalt der Direkthilfen für die spanischen Landwirte im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik, und zum anderen eine schrittweise Verringerung der Zahlungen aus den Struktur- und Kohäsionsfonds sowie eine Steigerung der Ausgaben für den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit. Spanien hätte auf eine nur geringfügige Kürzung der Ausgabenobergrenze oder sogar auf einen leichten Anstieg des EU-Haushalts gehofft, um die Konsequenzen für die nationalen Haushalte so gering wie möglich zu halten. Dennoch war die Mehrheit der Mitgliedstaaten eher gegensätzlicher Meinung und die Bemühungen Spaniens konzentrierten sich weitestgehend darauf, die Auswirkungen der Senkung der allgemeinen Ausgaben auf die Länder, die auf nationaler Ebene Sparmaßnahmen durchführen, so gering wie möglich zu halten.

Die Übereinkunft, die beim Treffen des Europäischen Rats im Februar 2013 getroffen wurde, war für die spanische Regierung zufriedenstellend, da Spanien im Zeitraum von 2014-2020 weiterhin Nettoempfänger sein und sich im Vergleich zum vorangegangenen Zeitraum sogar verbessern würde, da die Zahlungen von 0,15% des BIP auf nun 0,20% des BIP¹⁴ gestiegen waren. Dies wurde durch verschiedene Faktoren möglich, wie zum Bei-

12 „Rajoy dice que no tiene claro que un rescate suponga mejor financiación“, El País, 19. Dezember 2012.

13 Europäische Kommission: Recommendation for a Council Recommendation on Spain's 2013 national reform programme and delivering a Council opinion on Spain's stability programme for 2012-2016, Brüssel, COM (2013) 359 final, 29. Mai 2013.

spiel der Kürzung des Haushalts, aber auch die durch den Rückgang des spanischen Bruttoinlandsprodukts bedingten geringeren Beitragszahlungen Spaniens und den Erhalt von Zahlungen aus Spezialfonds für die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit.

In konkreten Zahlen bedeutet dies, dass Spanien nach Frankreich und Deutschland als Empfängerland von GAP-Geldern an dritter Stelle bleibt. Dies entspricht Direkthilfen im Wert von 35 Milliarden Euro und einer Steigerung der Hilfen für die ländliche Entwicklung um 3% (insgesamt ca. 8 Milliarden Euro) sowie weiteren 3 Milliarden für marktwirksame Maßnahmen. Die Bilanz bei der Mittelzuteilung aus dem Kohäsionsfonds war ebenfalls positiv, da der Arbeitslosigkeit und insbesondere der Jugendarbeitslosigkeit Rechnung getragen wurde. Abgesehen von einer außerordentlichen Zuweisung in Höhe von 1,824 Mrd. Euro aus den Kohäsionsfonds und zusätzlichen 50 Mio. Euro aufgrund der besonderen Umstände in Ceuta und Melilla erhielt Spanien mit einer Zahlung in Höhe von 930 Mio. Euro zudem spezielle Unterstützung für Arbeitslose in Übergangsregionen (Castilla-La Mancha, Andalusien, Murcia, Melilla und den Kanarischen Inseln, Regionen, die bei über 75% des durchschnittlichen EU-Einkommens liegen). Zweifelsohne wurde auch die Schaffung eines neuen Fonds zur Förderung von Arbeitsplätzen für Jugendliche als ein großer Erfolg Spaniens angesehen, bei dem Spanien zu den Hauptbegünstigten zählen wird und fast ein Drittel der Gesamtsumme erhalten soll. Die spanische Regierung übte entsprechenden Druck aus, um die Auszahlung dieser Gelder zwischen 2014 und 2015 zu beschleunigen, und setzte sich dafür ein, dass schriftlich verankert wurde, dass zwischen 2014 und 2017 nicht verwendete Gelder aus dem mehrjährigen Finanzrahmen ebenfalls für die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit eingesetzt werden dürfen.

Katalonien, ein neuer Staat in Europa?

Am 11. September 2012 demonstrierten unter dem Motto „Catalunya, nou estat d’Europa“ (Katalonien, ein neuer Staat in Europa) eineinhalb Millionen Katalanen auf den Straßen Barcelonas. In den letzten Jahren hat der Wunsch der Katalanen nach Unabhängigkeit beträchtlich zugenommen, nicht nur aufgrund der Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf das Leben der Katalanen und der Forderung nach einem neuen Finanzsystem für die autonomen Regionen, sondern auch bedingt durch die Einschränkungen des spanischen Verfassungsgerichts, die im Juli 2010 der autonomen Region Katalonien im Rahmen des spanischen Modells für die autonomen Regionen auferlegt wurden.

Das Motto der Demonstrationen war eindeutig und die Sprecher forderten die Unabhängigkeit Kataloniens, jedoch mit der Bedingung gewissermaßen als neues Mitglied im „europäischen Club“ auch weiterhin Teil der Europäischen Union zu bleiben. Die Forderung nach dem Recht auf Selbstbestimmung (in Katalonien spricht man euphemistisch vom „Recht zu entscheiden“) wird zu einem um den 11. September 2014 abgehaltenen Referendum führen. Tatsächlich stützt sich Katalonien stark auf das schottische Referendum und mahnte an, dass Mariano Rajoy dem Beispiel David Camerons folgen solle, der ein Referendum über die Unabhängigkeit Schottlands akzeptiert hatte.

Die spanische Regierung gab unmittelbar nach der Massendemonstration keine Stellungnahme ab und daher äußerten sich auf Nachfragen der Journalisten einige Mitglieder der Europäischen Kommission. Die Meinungen bezüglich eines unabhängigen Kataloniens waren geteilt. Die für Justizangelegenheiten zuständige Kommissarin, Viviane Reding,

14 Pressekonferenz des Präsidenten nach dem Treffen des Europäischen Rats, Brüssel, 8. Februar 2013, <http://www.la-moncloa.gob.es>.

sagte gegenüber der Andalusischen Zeitung, dass eine Unabhängigkeit Kataloniens nicht zwingend den Ausschluss aus der Europäischen Union zur Folge hätte.¹⁵ Auch der Vizepräsident der Europäischen Kommission und EU-Kommissar für Wettbewerb, der Spanier Joaquín Almunia, schürte Verwirrung hinsichtlich der offiziellen Position der Europäischen Kommission als er erklärte, dass „sich keine kategorische Antwort geben lasse, dass eine Abspaltung zu einem Ausschluss führen würde, da Teil der EU zu sein auch bedeute, eine Reihe von Rechten inne zu haben, die man nicht so leicht verlieren könne.“¹⁶

Diese Aussagen zwangen die spanische Regierung, den Unabhängigkeitsforderungen Kataloniens öffentlich entschieden entgegenzutreten. In einem Brief an Reding wies der spanische Staatssekretär für die Europäische Union, Íñigo Méndez de Vigo, die Option, dass ein unabhängiges Katalonien weiterhin Teil der Europäischen Union bleiben könne, klar zurück. Er verwies dabei auf die Verträge der Europäischen Union, die klar besagten, dass ein mögliches unabhängiges Katalonien erneut Beitrittsverhandlungen aufnehmen müsse, da „in Artikel 52 des Vertrags über die Europäischen Union die Mitgliedstaaten aufgezählt werden, die sich diesen Verträgen unterwerfen, unter ihnen das Königreich Spanien“. Der Beitritt eines unabhängigen Kataloniens wäre nur möglich, wenn der Europäische Rat sich einstimmig hierfür aussprechen und der Beitritt von allen Parlamenten der Mitgliedstaaten ratifiziert würde. Weiterhin unterstrich er, dass „der Artikel 4(2) des Vertrags über die EU entscheidend ist, wenn es darum geht, dass es in der Union grundlegende Strukturen der Verfassung, der Politik und der territorialen Integrität der Mitgliedstaaten zu respektieren gilt, deren Bestimmungsrecht allein bei ihnen liegt“. So beinhaltet die spanische Verfassung von 1978 „keine Möglichkeit, dass eine autonome Region unilateral seine Unabhängigkeit gegenüber dem restlichen Spanien erklären kann.“¹⁷

Die offizielle Haltung der Kommission von Juni 2012 bis Juni 2013 lautete, dass es sich hierbei um eine „interne Angelegenheit“ Spaniens handle und die Kommission daher nicht befugt sei, öffentlich klar Stellung zu beziehen.¹⁸ Indes stellte sich Viviane Reding in ihrer Antwort auf einen an sie gerichteten Brief voll und ganz hinter die Position der spanischen Regierung und bedauerte die Auslegung ihrer Worte in Spanien, die sie bereits durch die Vertretung der Europäischen Kommission in Spanien habe richtigstellen lassen.¹⁹

Auch wenn der Wunsch nach einem Referendum in Katalonien bei der spanischen Regierung weiterhin auf taube Ohren stieß, bestand im nach Unabhängigkeit strebenden Katalonien währenddessen auch weiterhin die Hoffnung auf die Erlangung staatlicher Souveränität, sei es nun durch eine ausgehandelte Abspaltung oder eine unilaterale Unabhängigkeitserklärung. Jegliche Erwähnung Kataloniens im Ausland (EU-Institutionen, Regierungen der Mitgliedstaaten, Wissenschaftler und europäische Think Tanks), insbesondere pro-katalanische Darstellungen wurden in den katalanischen Medien ausführlich behandelt, und wenn es nur darum ging, das mögliche Szenario bis ins kleinste Detail darzustellen.²⁰

15 „Ninguna ley dice que Cataluña deba salir de la UE si se independiza“, Interview mit Viviane Reding, Diario de Sevilla, 30. September 2012.

16 „Almunia: No es honesto decir de forma tajante que Cataluña quedaría fuera de la UE si fuera independiente“, La Vanguardia, 23. Oktober 2012.

17 Brief von Íñigo Méndez de Vigo, spanischer Staatssekretär für die Europäische Union, an Viviane Reding, Vizepräsidentin der Europäischen Kommission und verantwortlich für die Ressorts Justiz, Grundrechte und Unionsbürgerschaft, Madrid, Außenministerium, 2. Oktober 2012.

18 „La Comisión Europea asume las tesis de Rajoy de una Cataluña fuera de la Unión“, El País, 30. Oktober 2012.

19 Brief von Viviane Reding, Vizepräsidentin der Europäischen Kommission und verantwortlich für die Ressorts Justiz, Grundrechte und Unionsbürgerschaft, an Íñigo Méndez de Vigo, span. Staatssekretär für die Europäische Union, Brüssel, Europäische Kommission, 4. Oktober 2012.

Die Bedeutungslosigkeit Spaniens in der EU

Es gab eine Zeit, in der Spanien in der Europapolitik über einen gewissen Einfluss verfügte. Heute haben Aspekte wie die Rezession, die Finanzprobleme und die Arbeitslosenquote, mit denen Spanien zu kämpfen hat, zu einer Art Bedeutungslosigkeit bzw. Entfernung von den zentralen Kräften des europäischen Integrationsprozesses geführt.²¹ Es verstärkt sich zunehmend der Eindruck, dass sich die EU in einen reichen Norden und einen armen Süden oder aber auch in Gläubiger und Schuldner teilt, was beides in etwa auf das Gleiche hinausläuft. Die Bedeutungslosigkeit Spaniens ist hierbei in allen EU-Bereichen präsent.

Die wirtschaftliche Bedeutungslosigkeit Spaniens innerhalb der EU und, in diesem Fall, innerhalb der Europäischen Zentralbank zeigte sich eindrucksvoll, als Spanien seinen dauerhaften Sitz im EZB-Direktorium verlor. Formal gesehen gibt es kein geographisches Kriterium für die Zusammensetzung des Direktoriums, jedoch bestand ein ungeschriebenes Gesetz demzufolge vier Mitglieder des Direktoriums aus den vier größten Ländern stammen (Deutschland, Frankreich, Italien und Spanien) und die anderen beiden Mitglieder wechselnd von den weiteren Mitgliedstaaten der Eurozone gestellt werden.²² Dennoch entschied sich Luxemburg dafür, den Vorsitzenden der Zentralbank des Landes, Yves Mersch, für den Posten vorzuschlagen, den bis dato der Spanier José Manuel González-Páramo innehatte. In der außerordentlichen Sitzung des Europäischen Rates im November 2012 war Spanien, das seinen eigenen Kandidaten gestellt hatte, das einzige Land, das gegen den luxemburgischen Kandidaten stimmte, der für seine Wahl eine qualifizierte Mehrheit benötigte. Zwei Monate später protestierte Spanien symbolisch erneut dagegen, im Vergleich zu seiner Wirtschaftsstärke in den Wirtschaftsinstitutionen Europas unterrepräsentiert zu sein, und stimmte erneut als einziges Land gegen die Ernennung des Holländers Jeroen Dijsselbloem zum Präsidenten der EZB.

Spanien nimmt in der europäischen Außenpolitik nur noch eine bedeutungslose Rolle ein.²³ Diese negative Rolle Spaniens ist größtenteils auf die Nicht-Anerkennung des Kosovo als unabhängiger Staat und die dadurch fehlende Unterstützung für die europäischen Bemühungen hinsichtlich einer Normalisierung der Beziehungen zwischen Serbien und dem Kosovo sowie auf die drastischen Mittelkürzungen für die Entwicklungszusammenarbeit und die humanitäre Hilfe zurückzuführen.

Spanien war in der Umsetzung der EU-Gesetzgebung nicht sonderlich aktiv und hatte während des letzten Jahres wegen der Nicht-Erfüllung von europäischen Richtlinien mit einigen Klagen seitens der EU-Institutionen zu kämpfen. Die EU-Kommissarin für die

20 Eine der meist kommentierten Analysen war eine SWP-Publikation, in der für ein unabhängiges Katalonien die Möglichkeit eines „umgekehrten zyprischen Modells“ genannt wurde. Jedoch hatten nur wenige Unabhängigkeitskämpfer den Autor der Studie, Kai-Olaf Lang, bedacht, der seine Analyse damit schloss, dass sich die konstruktive Lösung des Problems Kataloniens in Madrid befinden würde und dass der Dialog zwischen Barcelona und Madrid notwendiger sei als je zuvor, um entweder innerhalb Spaniens für Katalonien eine Lösung zu finden oder eine Abspaltung in einer Form zu ermöglichen, die schlussendlich weder die Lebensqualität der Katalanen noch die der Spanier im Allgemeinen schmälern würde. Vgl. Lang, Kai-Olaf: „Katalonien auf dem Weg in die Unabhängigkeit?“, SWP-Aktuell, Nr. 50, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, August 2013.

21 Molina, Ignacio: *Una nueva política europea después de tocar fondo*, Política Exterior, Heft XXVII, Nr. 152, März/April, S. 84-96.

22 „Comparecencia del señor secretario de estado para la Unión Europea (Méndez de Vigo y Montojol), para informar sobre la celebración del Consejo Europeo extraordinario que se va a celebrar los días 22 y 23 de noviembre de 2012“, Diario de Sesiones de las Cortes Generales, Comisión Mixta para la Unión Europea, Sitzung Nr. 17, X Legislaturperiode, Nr 40, 21. November 2012, S. 14.

23 So gruppiert der European Council on Foreign Relations Spanien zusammen mit anderen Staaten wie Griechenland, Litauen oder Rumänien zur Gruppe der Faulenzer (Slackers). Vgl. European Council on Foreign Relations: *European Foreign Policy Scorecard 2013*, London 2013.

Digitale Agenda, Neelie Kroes, zeigte sich besorgt über die mangelnde Unabhängigkeit der zukünftigen Nationalen Kommission für Märkte und Wettbewerb (Comisión Nacional de Mercados y Competencia), unter der verschiedene Regulierungsbehörden zusammengefasst werden. Eine weitere gemeinschaftliche Institution, in diesem Fall der Europäische Gerichtshof, urteilte, dass das spanische Hypothekengesetz dem Gemeinschaftsrecht widerspreche und beschloss, dass Richter eine Zwangsvollstreckung zeitweise aussetzen können, um eventuelle missbräuchliche Klauseln überprüfen zu lassen. Diese Entscheidung könnte die Flut an Zwangsräumungen beträchtlich eindämmen, aufgrund derer bereits Tausende spanische Familien ihr Dach über dem Kopf verloren haben, und gleichzeitig die spanische Regierung zwingen, das Gesetz zu überarbeiten.²⁴ Ein weiterer Fall der Nichterfüllung des europäischen Regelwerks, diesmal jedoch mit entsprechenden wirtschaftlichen Sanktionen, war ein Gutachten der Kommission über den Verstoß Spaniens beim System der Steuerbeihilfen (Tax Leases) zur Finanzierung des Schifffahrtssektor im Zeitraum von 2005 bis 2011. Nach einem Tauziehen zwischen der Kommission und den beteiligten Parteien wurde beschlossen, die Rückerstattung der Leistungen den Investoren und nicht den Schiffswerften aufzuerlegen und dies auch erst ab dem Jahr 2007 und nicht wie zunächst verlangt bereits ab dem Jahr 2005.

Zwar gab es bislang nie Zweifel an der pro-europäischen Einstellung der Spanier, jedoch hatte die Krise einen entscheidenden Nebeneffekt: eine Vertrauenskrise der Spanier in die Europäische Union. Die öffentliche Meinung spiegelt nicht nur die grundsätzlich schlechte Lage der Spanier, sondern auch die Bedeutungslosigkeit Spaniens wider. Vertrauten 2007 noch 65% der Spanier in die EU, ist dieser Prozentsatz im Jahr 2012 auf 20% gefallen. Den Daten des Eurobarometers zufolge ist das Misstrauen der Spanier gegenüber der EU von 23% im Jahr 2007 auf 72% gestiegen.²⁵ Nur unter den Griechen fanden sich hinsichtlich des Misstrauens gegenüber der EU ebenso hohe Werte. Dies bedeutet nicht, dass die Spanier aufgehört haben, an die Europäische Union zu glauben. Die Mehrheit (59%) glaubt weiterhin, dass es für Spanien gut sei, zur EU zu gehören. Und 80% der Spanier sind der Ansicht, dass Spanien den Euro als Währung beibehalten solle.²⁶ Grundsätzlich unterstützen die Spanier das Europäische Projekt, sind aber enttäuscht über die Durchsetzung des Sparkurses als einzig denkbare Weg hin zu erneutem wirtschaftlichen Wachstums.

Weiterführende Literatur

- Manzano, Cristina: Es hora de que los españoles salgan de su aislamiento, *Política Exterior*, Heft XXVII, Nr. 152, März/April 2013, S. 98-106.
- Michou, Hélène/Soler i Lecha, Eduard/Torreblanca, José Ignacio: Europa y la democracia en el norte de África, *Política Exterior*, Heft XXVII, Nr. 154, Juli/August 2013, S. 98-105.
- Molino, Ignacio: Una nueva política europea después de tocar fondo, *Política Exterior*, Heft XXVII, Nr. 152, März/April 2013, S. 84-96.
- Molino, Ignacio (Hrsg.): Spain's position in the world in 2013, *Elcano Policy Paper 2/2013*, Madrid: Real Instituto Elcano, 24. Juli 2013.
- Powell, Charles: The pain in Spain: political, social and foreign policy implications of the European economic crisis, *Análisis del Real Instituto Elcano*, Madrid: Real Instituto Elcano, 31. Dezember 2012.
- Prado, Fernando: ¿Por qué importa la reputación de un país?, *Política Exterior*, Heft XXVII, Nr. 154, Juli/August 2013, S. 68-78.

24 „El tribunal de la UE otorga poder a los jueces para frenar desahucios“, *El País*, 14. März 2013; „La justicia europea considera abusiva e ilegal la ley española sobre hipotecas“, *La Vanguardia*, 14. März 2013.

25 Europäische Kommission: Standard Eurobarometer Nr. 67, Frühling 2007; Europäische Kommission: Standard Eurobarometer Nr. 78, Herbst 2012.

26 „Europa salva el euro, pero pierde a los ciudadanos“, *El País*, 10. März 2013.